

Gemeinsame Presseerklärung des VDR und des DPhV vom 20. April 2016 zu den Koalitionsverhandlungen in Baden-Württemberg und der Koalitionsvereinbarung in Sachsen-Anhalt

VDR und DPhV warnen vor faulen Kompromissen in der Bildungspolitik

Mit Sorgen betrachten die Bundesvorsitzenden des Realschullehrerverbandes (VDR), Jürgen Böhm, und des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, den Fortgang der Koalitionsverhandlungen in Baden-Württemberg und die Koalitionsvereinbarung in Sachsen-Anhalt.

Beide Verbandsvorsitzenden begrüßen zwar das Bemühen der politischen Verhandlungspartner von Grünen, CDU und SPD in Sachsen-Anhalt um einen Schulfrieden, um wieder Verlässlichkeit und Ruhe an die Schulen zu bringen und weitere Reformexperimente auf Kosten der Kinder und Jugendlichen zu verhindern.

Gleichzeitig kritisieren sie aber die sich abzeichnenden weitreichenden Zugeständnisse der Union an ihre jeweiligen Koalitionspartner, die eher eine weitere Aushöhlung des differenzierten Schulwesens und weitere Qualitätsverluste beim Bildungsniveau erwarten lassen.

VDR-Vorsitzender Jürgen Böhm betonte: „Ich freue mich, dass sich in den Koalitionsverhandlungen in Stuttgart nach den Fehlentwicklungen seit 2011 endlich eine Stärkung der Realschulen durch zusätzliche Stundenpools abzeichnet. Dieser Fortschritt wird jedoch gleichzeitig entwertet, wenn, wie offensichtlich beabsichtigt, der Ausbau der Gemeinschaftsschulen und deren Privilegierung fortgeschrieben werden und auch die Werkrealschulen im Stich gelassen würden. Zudem steht auch die Zulassung weiterer Gemeinschaftsschulen in Sachsen-Anhalt einem Schulfrieden diametral im Wege!“

DPhV-Vorsitzender Heinz-Peter Meidinger ergänzte: „Es wäre für die Gymnasien in Baden-Württemberg ein schwerer Schlag, wenn die künftige Landesregierung zwar neue Gemeinschaftsschulen zulassen und diesen sogar gymnasiale Oberstufen zugestehen würde, gleichzeitig aber auf die Kernforderung in ihrem Wahlprogramm nach Wahlfreiheit zwischen acht- und neunjährigem Gymnasium vollständig verzichten würde. Ich erinnere daran, dass in Baden-Württemberg 80 Prozent der Bevölkerung eine weitgehende Rücknahme der Schulzeitverkürzung wünschen.“

Er machte auf die im Internet vor wenigen Tagen mit großem Anfangserfolg gestartete „Open Petition“ zur Wahlfreiheit zwischen acht- und neunjährigem Gymnasium aufmerksam.

Beide Verbandsvorsitzenden waren sich abschließend einig, dass Koalitionsvereinbarungen, die unter der Überschrift eines angeblichen Schulfriedens einer fortschreitenden Schwächung des differenzierten Schulwesens Vorschub leisten, faule Kompromisse sind, die nicht zur Bildungsqualität beitragen.

Berlin, den 20. April 2016

Eva Hertzfeldt
Pressesprecherin
Deutscher Philologenverband

Karl-Heinz Kaden
Pressesprecher
Verband Deutscher Realschullehrer

Deutscher Philologenverband e.V., Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin,
Tel. 030 / 40 81 67 89 , Handy 0172 / 30 50 867, E-Mail: presse@dphv.de

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), Dachauer Str. 44 a, 80335 München,
Tel. 089 / 55 38 76, Fax 089 / 55 38 19, info@vdr-bund.de